

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 888 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Rudolf Schöfberger MdB
zum Ostermarsch 1989: Gegen
die Bonner Aufrüstungspolitik
demonstrieren.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB
zur niederländischen General-
offensive für saubere Autos:
Durchbruch für steuerliche An-
reize geschafft.

Seite 2

Annemarie Renger MdB zur
Entscheidung der EG-Staaten,
wieder Botschafter in den Iran
zu entsenden.

Seite 3

Hermann Buschfort MdB zum
Erfordernis eines neuen Be-
messungssystems bei der So-
zialhilfe: Bedarfsgerechte Re-
gelsätze beschließen.

Seite 4

Dokumentation:

Prof. Dr. Uwe Holtz MdB
hielt auf der Tagung der Inter-
parlamentarischen Union in
Budapest eine Rede zur Be-
deutung des Europarates.
Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 58

23. März 1989

Gegen die Bonner Aufrüstungspolitik demonstrieren

Zum Ostermarsch 1989

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Vorsitzender der bayerischen SPD

Die Bundesrepublik steht vor der entscheidenden Frage, ob es zu wei-
teren Abrüstungsschritten oder zu einer neuen Phase der Aufrüstung
kommen soll. Die neue Politik der Sowjetunion unter Gorbatschow
hat weitere Abrüstungsschritte möglich gemacht. Der Westen muß end-
lich konstruktiv auf die Vorschläge Moskaus reagieren. Die als 'Moder-
nisierung' getarnte Aufrüstung bei den Kurzstreckenraketen und der
geplante Bau des Jägers 90 sind der falsche Weg.

Diese Politik der Bundesregierung macht den Frieden unsicherer statt
sicherer und bindet Unmengen von Steuergeldern, die beispielsweise
für den Schutz der Umwelt und für die Bekämpfung der Arbeitslosig-
keit dringend gebracht würden. Nach vorsichtigen Schätzungen wird
alleine die Ausrüstung der Bundeswehr mit dem Jäger 90 mindestens
100 Milliarden Mark kosten.

Viele tausend Bürgerinnen und Bürger werden am Wochenende in der
ganzen Bundesrepublik gegen diese Aufrüstungspolitik der Bundesre-
gierung und für den Frieden demonstrieren.

Wir Sozialdemokraten fordern gemeinsam mit den Ostermarschierern:

- statt unter dem scheinheiligen Begriff der 'Modernisierung' mit
neuen Kurzstreckenraketen aufzurüsten eine dritte Null-Lösung
auch bei diesen Waffen;
- die Verlängerung des Atomwaffensperrvertrages;
- die internationale Ächtung der Chemiewaffen;
- den Abzug aller ABC-Waffen von deutschem Boden mit dem Ziel
einer ABC-waffenfreien Zone in Mitteleuropa unter Einschluß
der DDR und der CSSR;
- die Rücknahme der Wehrdienstverlängerung und
- die Verringerung der Sollstärke der Bundeswehr auf unter
400.000 Mann (derzeit 495.000).

(-/23.3.1989/rs/fr)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos
aus dem Rahmen
ausgegeben



Generaloffensive für saubere Autos

Holland hat den Durchbruch für steuerliche Anreize geschafft

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
des Deutschen Bundestages

Alle deutschen Autohersteller mitsamt ihrem Verband (VDA) bestätigen, daß sie mittlerweile sämtliche Modelle in Serienfertigung mit Katalysator anbieten: Mercedes und BMW seit langem, VW, Opel und Ford ziehen ebenfalls mit. Es braucht also nur den politischen Push, um die massive Luftverschmutzung durch den Kraftfahrzeugverkehr endlich zu reduzieren. Für Untätigkeit gibt es keine Ausrede mehr. Wenn nach vier Jahren Abgaspolitik heute von 28 Millionen PKW erst zwei Millionen mit geregelter Katalysator ausgerüstet sind, ist das ein klägliches Ergebnis.

Die Bundesregierung muß handeln:

1. Ab 1.1.1990 ist der Drei-Wege-Katalysator für alle Kraftfahrzeugklassen aus deutscher Produktion obligatorisch einzuführen;
2. Für alle Wagen, die die US-Norm erfüllen, ist unverzüglich Steuervergünstigung zu gewähren. Nachdem die EG-Kommission ihre Klage gegen Holland wegen der Gewährung steuerlicher Anreize für Kleinwagen mit US-Norm zurückgezogen hat, ist der Weg von Brüssel aus freigegeben.
3. Für Partikelemissionen aus Diesel-PKW ist die Einhaltung eines Grenzwertes von 0,8 g/Test vorzuschreiben, was den in USA geltenden Vorschriften entspricht und auch von deutschen Herstellern ohne Schwierigkeiten erreichbar ist.
4. Diesel-PKW neuerer Bauart, die die Abgaswerte eines Katalysator-Fahrzeuges und die geforderten Partikel-Grenzwerte einhalten oder sogar unterschreiten, sind steuerlich gleich zu behandeln wie umweltfreundliche Kat-Autos.
5. Ein Umrüstungsprogramm für Altwagen, gegebenenfalls mit direkt gegebenen Zuschüssen, ist rasch voranzutreiben.
6. Für schwere Lkw's und Busse ist die zweite Stufe der Abgasentgiftung unverzüglich EG-weit einzuführen. Zielvorstellung ist eine zulässige Emission von 7,0 g/kmh.
7. Ein EG-einheitliches Tempolimit ist überfällig.

Der Bundesumweltminister denkt laut über eine schadstoffabhängige Kraftfahrzeugsteuer nach. Wir fordern, daß nicht nur Ankündigungen, sondern realisierbare Vorschläge auf den Tisch kommen. Eine neugestaltete Kfz-Steuer muß mehrere Komponenten berücksichtigen: den Schadstoffausstoß, den Lärmpegel und auch den Treibstoffverbrauch, wenn sie einen positiven Umwelteffekt erzielen soll.

(-/23.3.1989/rs/fr)

* * *

Zu solidarischem Handeln nicht fähig

Zur Entscheidung der EG-Staaten, wieder Botschafter in den Iran zu entsenden

Von Annemarie Renger MdB
Vorsitzende des Deutschen Helsinki-Menschenrechts-Komitees
Bundestagsvizepräsidentin

Die Empörung der EG-Staaten über Khomeinis Todesurteil für den britisch-indischen Schriftsteller Salman Rushdie hielt sich in Grenzen. Auf den Tag genau einen Monat dauerte die Empörungshaltung.

Was die EG-Außenminister während ihres Zusammentreffens im Rahmen der EPZ jüngst in Brüssel beschlossen haben, nämlich wiederzuzulassen, daß Botschafter nach Teheran geschickt werden können, läßt all die empörten Aufschreie von gestern als billiges Wortgeklingel erscheinen.

Obwohl der Mordaufruf weiterbesteht und Bücherverbrennungen geplant sind, hat die Europäische Gemeinschaft wieder einmal unter Beweis gestellt, daß sie zu solidarischem Handeln in entscheidenden Fragen der Außenpolitik nicht fähig ist.

Wir Deutsche haben in unserer jüngsten Geschichte eigene Erfahrungen mit einer Politik aus Morddrohungen und Bücherverbrennungen gemacht. Wenn es uns ernst ist, Konsequenzen aus unserer Vergangenheit zu ziehen, so muß es ein Gebot deutscher Außenpolitik sein, sich sichtbar und nachdrücklich von solchen Regimes zu distanzieren. (—/23.3.1989/rs/fr)

* * *

Bedarfsgerechte Regelsätze für Sozialhilfeempfänger beschließen

Zum Erfordernis eines neuen Bemessungssystems

Von Hermann Buschfort MdB
Bundesvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

In den Ländern und Kommunen steht aktuell die sozialpolitische Entscheidung an, das von den Ländersozialministern und -senatoren entwickelte neue Bemessungssystem für die Regelsätze in der Sozialhilfe und eine neue Regelsatzstruktur für Haushaltsangehörige anzuwenden. Dies würde konkret bedeuten, daß ab 1. Juli 1989 die Regelsätze real um 4,6 Prozent beziehungsweise - je nach Zugrundelegung eines anderen Preisindexes - um 12,6 Prozent zu erhöhen sind, natürlich zuzüglich der Preissteigerungsrate.

Die Arbeiterwohlfahrt hat daher an Länder und Kommunen appelliert, endlich die jahrelange Diskussion um ein neues Regelsatzbemessungssystem abzuschließen und auch endlich den Sozialhilfeempfängern bedarfsgerechte Regelsätze zu leisten. Für die Arbeiterwohlfahrt wäre es absolut unverständlich und nicht hinnehmbar, wenn diese längst überfällige Reform wiederum auf die lange Bank geschoben würde und letztlich die Gerichte feststellen müßten, daß die heutigen Regelsätze unter dem gesetzmäßig vorgeschriebenen notwendigen Lebensbedarf liegen.

Die Arbeiterwohlfahrt appelliert aber auch an den Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, die vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge entwickelte neue Regelsatzstruktur für die Haushaltsangehörigen, der die kommunalen Spitzenverbände und Wohlfahrtsverbände zugestimmt haben, in einer neuen Verordnung nach § 22 BSHG zu verwirklichen.

Die Arbeiterwohlfahrt hat großes Verständnis für große Finanznöte der Kommunen und hat stets kritisiert, daß durch Sozialabbau von sozialen Leistungsgesetzen die Kommunen immer mehr mit zusätzlichen Kosten voll belastet worden sind. Trotzdem wendet sich die Arbeiterwohlfahrt an die Kreise, Städte und Gemeinden, mit der Bitte, sich dieser sozialpolitisch dringend notwendigen Reform nicht zu verschließen und sie baldmöglichst umzusetzen. Die Arbeiterwohlfahrt wird weiterhin dafür eintreten, daß durch eine Reform der Pflegekosten und der Arbeitslosenunterstützungsleistungen die Kommunen von bestimmten Sozialleistungen entlastet werden. (-/23.3.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

=====

Prof. Dr. Uwe Holtz: Ungarn, Polen und die Sowjetunion bald im Europarat?

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Prof. Dr. Uwe Holtz, offizieller Vertreter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, hielt am 17. März in Budapest auf der Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU) eine viel beachtete Rede, die wir nachstehend dokumentieren.

Gestern wandte sich der Generalsekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns, Karoly Grosz, an die Abgeordneten dieser Interparlamentarischen Konferenz. Er sagte: „Es ist an der Zeit, die demokratischen Formen der Zusammenarbeit innerhalb des Warschauer Paktes zu verstärken und den Aufgaben im Bereich der Menschenrechte, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Umweltschutzes mehr Aufmerksamkeit zu schenken.“ Und er fügte hinzu - und das ist der Grund, warum ich jetzt noch einmal das Wort ergreife - daß Ungarn seine Kontakte mit dem Europarat ausgeweitet habe.

Ab dem 5. Mai 1989, dem 40. Jahrestag seiner Gründung, wird der Europarat 23 pluralistische parlamentarische Demokratien umfassen.

Der Europarat ist eine Brücke zwischen verschiedenen geographischen und politischen Ländergruppen Europas, eine Brücke zwischen den zwölf Mitgliedstaaten der EG und anderen parlamentarischen Demokratien, eine Brücke zu einigen europäischen Mittelmeerländern, eine Brücke zu den skandinavischen Staaten, zu neutralen und blockfreien Staaten. Und warum nicht auch in Zukunft zu den Staaten des Warschauer Paktes?

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates ist sich bewußt, daß sich derzeit in Mittel- und Osteuropa Entwicklungen vollziehen in Richtung auf pluralistische Demokratien, auf Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte, welche die in der Satzung niedergelegten Grundprinzipien des Europarates sind. Die Parlamentarische Versammlung ist sich auch des Wunsches einiger Staaten in Mittel- und Osteuropa bewußt, Beziehungen mit unserer Organisation aufzunehmen.

Deshalb erwägt die Parlamentarische Versammlung die Schaffung eines „ständigen Gaststatus“ für europäische Nichtmitgliedstaaten, welche sich zur Einhaltung der Bestimmungen der im Rahmen der KSZE vereinbarten Instrumente (Schlußakte von Helsinki und Wiener Schlußdokument) sowie

der Instrumente der Vereinten Nationen (vor allem der beiden Pakte von 1966) im Bereich der Menschenrechte verpflichtet haben und diesen Verpflichtungen in der Praxis auch nachkommen.

Ein derartiger Status würde es den Delegationen der nationalen Versammlungen dieser Staaten ermöglichen, an den Plenarsitzungen der Parlamentarischen Versammlung teilzunehmen. Es wird erwartet, daß dies schon im Juli dieses Jahres in die Praxis umgesetzt werden kann.

Ich freue mich, Herr Präsident, Ihnen hier in Budapest mitteilen zu können, daß Ungarn an der Spitze der Länderliste steht, welche die Parlamentarische Versammlung dabei vor Augen hat; vorausgesetzt, daß die bereits in Richtung pluralistische Demokratie und die Verwirklichung der Menschenrechte unternommenen Schritte zu weiteren Fortschritten und konkreten Ergebnissen führen werden. Die Staaten, die neben Ungarn bereits ihr Interesse an engeren Beziehungen und einer vertieften Zusammenarbeit mit dem Europarat bekundet haben, sind Jugoslawien, Polen und die Sowjetunion.

Im Lichte der verschiedenen Debatten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates kann ich Ihnen versichern, daß viele unserer Parlamentarierinnen und Parlamentarier der Ansicht sind, daß Ungarn das erste Land sein sollte, das für den zukünftigen „ständigen Gaststatus“ in Frage kommt. Ungarn selbst zeigt sich an diesem Status, der vom Grundsatz her bereits vor zwei Jahren von unserer Versammlung in einer Resolution verschlossen worden war, sehr interessiert.

Wenn Ungarn einerseits diplomatische Beziehungen zur EG aufgenommen und ein Handelsabkommen mit ihr unterzeichnet hat, so sind andererseits seine Absichten in Bezug auf den Europarat ganz anderer Art: Ungarn hat den Wunsch geäußert, das nächste Vollmitglied des Europarates zu werden - natürlich in Kenntnis der Tatsache, daß hierfür noch eine Reihe von Hindernissen aus dem Weg geräumt werden müssen.

Herr Horn, Staatssekretär im ungarischen Außenministerium, hat bereits erklärt, daß Ungarn bereit sei, der Europäischen Menschenrechtskonvention beizutreten und die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte anzuerkennen.

Herr Präsident, zusammenfassend sei festgestellt: Der Europarat ist bereit, seine guten Dienste anzubieten, um dazu beizutragen, die überkommene Spaltung dieses Kontinents zu überwinden. Der Europarat ist bereit, den Weg für eine pan-europäische Zusammenarbeit zu ebnen.

(-/23.3.1989/vo-he/rs)

* * *